

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 14.06.2023
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:14 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



 Werner Jacob
 Vorsitzender



 Birgit Wesemann/Andrea Schwarzlose
 Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michael Bartoschewski

Frau Edith Braun

Herr Ralf Breuer

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner bis Ende TOP 7

Herr Peter Jagolski

Herr Wilko Maatz

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Herr Björn Paucke

Frau Rita Platte

Herr Marco Radke bis kurz vor Ende TOP 6

Herr Mathias Sprunk

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe

Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt entsch.

Herr Ralf-Peter Bierstedt entsch.

Frau Carmen Kalkofen entsch.

Herr Wolfgang Kinszorra entsch.

Frau Steffi Kraemer entsch.

Herr Uwe Nastke entsch.

Herr Christoph Plötze entsch.

Frau Alexandra Schleef entsch.

Herr Sven Wegener entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der EGem Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 14.06.2023, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS.-Nr.

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu | |
| 6. | Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 - 2028 | BV 1029/2023 |
| 7. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2023/2024 | BV 1027/2023 |
| 8. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |
| 12. | Wiederherstellung der Öffentlichkeit | |
| 13. | Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 14. | Schließung der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Entschuldigt fehlen Herr Allmrodt, Herr Bierstedt, Frau Kalkofen, Herr Kinszorra, Frau Kraemer, Herr Nastke, Herr Plötze, Frau Schleef und Herr S. Wegener. Es sind 18 Mitglieder des Stadtrates (SR) anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Graubner spricht im Namen seiner Fraktion die vielen Sitzungstermine an. Diese Woche fanden am Montag 2 Sitzungen, 18:00 Uhr und 19:00 Uhr statt. Gestern 1 Sitzung und das zu einer unmöglichen Zeit, nämlich 16:00 Uhr und heute wieder 2 Sitzungen, 18:00 Uhr und 19:00 Uhr. In der nächsten Woche stehen auch schon wieder 2 Sitzungen an einem Tag um 18:00 Uhr und 19:00 Uhr. Er bittet ganz dringend, zu normalen Sitzungszeiten zurückzukehren und zu beachten, dass alle Räte im Dienst des Ehrenamtes sind und die meisten Räte sind auch noch berufstätig. Ansonsten kann er nicht versprechen, dass seine Fraktion im nächsten Jahr zur Wahl antritt.

Herr D. Wegener sieht es genauso wie Herr Graubner. Er bittet, sich an 19:00 Uhr und an den Sitzungskalender, den man für den Jahresplan bekommen habe, zu halten. Danach habe man auch seinen Urlaub geplant. Bitte auch das komplette Durcheinander sowie die Kurzfristigkeit der Einladungen vermeiden.

Herr Jacob weist darauf hin, dass man dies nicht unter diesem Tagesordnungspunkt (TOP) sagen dürfte, denn das ist der TOP Änderungsanträge zur Tagesordnung (TO).

Herr Jacob stellt die TO ohne Änderungen fest.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates

Es liegt keine Niederschrift vor.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Eine **Einwohnerin (Nr.1)** teilt mit, dass es immer noch Fragen zur Solaranlage in Windberge gebe. Sie möchte wissen, welche Ausgleichszahlungen es für die Anwohner gebe, die unmittelbar an der Solaranlage wohnen. Des Weiteren möchte sie wissen, warum die Eigentümer von den Häusern nicht befragt werden. Es wurden bisher nur die Mieter und die Pächter befragt.

Herr Brohm antwortet, dass Ausgleichszahlungen nach seiner Kenntnis her es nicht gebe. Er erklärt, dass Flächeneigentümer die Flächen zur Verfügung stellen und dafür eine Pacht bekommen. Wer direkt daneben seine Flächen habe, könne seine Landwirtschaft weiter fortsetzen.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** sei der Meinung, dass es Beeinflussungen für die Nebenflächen gebe bis 700 Meter. Und bei den unmittelbaren Nebenflächen, die einen Wohnwert bis 40 und eine Wasseranbindung haben. Die Wasseranbindung sei unterbrochen worden. Dies sei aber ein anderes Thema. Sie findet, es gäbe eine schwere Schädigung. Der Graben sei trockengelegt worden und soll überbaut werden. Angeblich habe laut ihrer Information dies nichts mit der Photovoltaikanlage zu tun.

Herr Brohm antwortet, dass man dies mit dem Vorhabensträger klären müsse. Die Umfrage, die gemacht worden sei, diene dazu, ein Feedback zu bekommen für den Ortschaftsrat. Das war dann die Grundlage für die Entscheidung des Ortschaftsrates. So wie er es verstanden habe, ging die Umfrage vom Ortsbürgermeister in die Postkästen und dadurch haben es die Mieter erreicht.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** erklärt, dass sie von Anfang an Widerspruch eingelegt habe. Keiner habe diesen entgegengenommen.

Frau Platte hatte es Montag in der Sitzung schon gesagt, dass man die Ehrenamtlichen nicht alleine lassen solle mit den Beschlüssen, gerade bei einer Wasseranbindung. Sie findet auch, dies könne so nicht bleiben. Sie meint, Herr Brohm müsse sicherstellen, dass die Bürger umfassend informiert werden. Dies wolle man mit der rechtskonformen Befragung erreichen und es müsse sichergestellt sein, dass es unter der Kontrolle der Verwaltung liege. Sonst gebe es ein Wildwuchs mit Folgen für die nächsten 25 Jahren.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** erklärt, was für ein Gebiet sie meint. Sie findet, dies müsste vorher nochmal geklärt werden.

Herr Brohm erklärt, worüber es in diesem Aufstellungsbeschluss gehe und anschließend werden die entsprechenden Fachämter einbezogen, die dazu ihre Urteile zu fällen haben. Erst dann werde abgewogen, ob es gehe oder nicht. Diese Behörden werden erst arbeiten, wenn die Gebietskulisse definiert sei.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** habe kein Vertrauen mehr. Sie meint, dass ein beschleunigtes Verfahren beschlossen wurde. Sie berichtet, dass sie Widerspruch eingelegt habe und keine Antwort darauf bekommen habe. Sie sei der Meinung, dass dieses beschleunigte Verfahren einfach durch gewunken werde. Das hier und da eine Beurteilung weg falle, dass gehe nicht. Sie findet, man brauche eine umfassende Prüfung.

Herr Brohm antwortet, dass dies kein beschleunigtes Verfahren sei. Er erklärt, nochmal, dass dafür das Bauleitverfahren da sei, um diese Fragen zu klären. Die Prüfung findet erst statt, wenn man definiert habe, wo diese PV-Anlage hinkomme.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** glaubt dies nicht. Bei der Autobahn konnte man auch nichts tun.

Frau Braun berichtet, dass die Einwohnerin vor 14 Tagen den Widerspruch ihr zukommen lassen habe. Sie findet auch, dass viele Dinge nicht geklärt seien. Dass, wie Herr Brohm ausgeführt habe, dass erst nach dem Beschluss eine Prüfung stattfindet, dies kenne sie anders. Der Landkreis befasst sich bereits mit diesem Projekt. Sie habe im Landkreis angerufen, dort wurde ihr mitgeteilt, dass man noch nicht mit der Prüfung fertig sei. Dies bedeute doch, dass der Antrag bereits bei der Genehmigungsbehörde liege und nicht nach dem Beschluss erst da hinkomme. Sie findet, dies sei ein Widerspruch, dass möchte sie geklärt haben. Man habe damals den Bürgern gesagt, dass man nur benachteiligte Flächen für PV-Anlagen verwenden wolle. Teilweise liegen die Bodenwerte über 30. Sie berichtet, dass es auch in der Fläche Differenzen gebe. Es sollten 33 ha sein, jetzt seien es fast 40 ha. Die Umfrage, die durchgeführt wurde, sei auch nicht kommunalrechtlich korrekt gewesen. Deshalb habe man Montag beschlossen, dass eine Bürgerbefragung durch die Verwaltung zu machen sei.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** würde es gut finden, wenn die Bürger informiert werden, da es sich um eine Überbauung handle. Man solle überlegen, was man mit unserer Natur und Altmark mache.

Herr Jacob hält diese Fragen sehr wichtig von der **Einwohnerin (Nr.1)**. Er spricht vom Kriterienkatalog. Dort sei festgelegt, dass die Betroffenen was dazu sagen können. Er hält es für wichtig, dass die prüfenden Behörden dieses zur Verfügung gestellt bekommen, damit sie entsprechend der Untersuchungen dort tätig werden können.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** meinte, dass ein Informationsblatt, bei der Abstimmung mit zu gelegt werden sollte, damit sie wissen, über was sie abstimmen.

Herr Jacob teilt mit, dass man es nochmal hinterfragen werde.

Frau Platte ergänzt, dass man vor der Befragung eine umfassende wahrheitsgemäße Informationsveranstaltung für die Bürger machen solle. Herr Brohm habe am Montag gesagt, dass der Beschluss noch nichts zu sagen habe, da die Ämter dies noch prüfen. Sie sei der Auffassung, dass die Verwaltung einen wahrheitsgemäß und umfassend zu informieren habe und die Ehrenamtlichen zu unterstützen haben. Damit z. B. ein Ortsbürgermeister wisse, was er da tue und was er zu tun habe. Nicht dass man alles mache im guten Wissen und nachher doch rechtliche Bedenken habe und nicht im Sinne der Bürger handle.

Die **Einwohnerin (Nr.1)** fragt nach, welche Verdrängungsfunktionen werden dort umgesetzt.

Herr Brohm antwortet, dass PV-Anlagen eingezäunt werden. Er meint, solche Sachen hätten bei der Informationsveranstaltung gefragt werden können.

Eine weitere **Einwohnerin (Nr.2)** merkt an, dass es wichtig sei, eine Informationsveranstaltung zu machen. In Schönwalde sei es wie eine Werbeveranstaltung gewesen. Sie findet, da müsse von der Verwaltung und den zuständigen Gremien darauf geachtet werden, dass die Bürger neutrale wichtige Informationen bekommen. Sie spricht von der Bürgerbefragung von Schönwalde. Sie hätte eine Frage an Herrn Allmrodt (Ortsbürgermeister von Schönwalde) gehabt. Dieser ist leider nicht anwesend. Sie fragt nach, warum habe Herr Allmrodt, während die Umfrage lief, Bürger angesprochen und sie aufgefordert noch abzustimmen. Sie findet, dies gehe gar nicht und fragt sich, warum Herr Allmrodt so was mache. Sie meint, dass dies eigentlich zur Unwirksamkeit der Befragung führen müsse. Sie wundert sich, dass Herr Allmrodt auch gesagt habe, dass es noch mehr werden müsse, weil sich so wenig beteiligt haben. Sie stellt eine Frage an die Verwaltung, woher wisse Herr Allmrodt dies. Des Weiteren möchte sie wissen, warum beeinflusst er dies und wie wird der Stadtrat dies bewerten?

Herr Brohm findet es nicht schlimm, wenn Herr Allmrodt sagt, man solle noch abstimmen. Er lädt die Einwohnerin (Nr.2) zur Auszählung ein.

Herr Jacob merkt an, dass man klären müsse, ob Herr Allmrodt dies dürfe oder nicht. Er sehe es genauso, dass Herr Allmrodt sagen dürfe, dass man sich noch beteiligen solle. Denn es sei für den Ortsbürgermeister wichtig, ein Meinungsbild zu haben, was die Bürger wollen.

Es wird ohne Mikrofon gesprochen.

Herr Jacob teilt mit, dass dies geklärt werde.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

Herr Brohm merkt an, dass es diese Woche eine hohe Belastung ist, mit den vielen Sitzungen. Es gebe bestimmte Fristen, die es erforderlich machen, dass man zusätzliche Sitzungen benötige. Er bedankt sich dafür, dass sich die Räte dafür die Zeit genommen haben.

Er berichtet über die Beschlüsse des letzten Hauptausschusses:

- Vergabe Wasserrecht, dort brauche man ein Gutachten
- behördliche Auflagen in Bezug auf dem Wildpark, es gebe für alle Tiere eine Lösung, Ziel sei es, bis 30.06.2023 alle Tiere weg zu haben

Herr Brohm gibt Informationen über:

- die Ortswehrleitertagung, Thema: Forst
- ein Modellprojekt Truppmannlehrgang mit der Stadt Tangermünde
 - Termin: September 2023
 - bisher fand dieser Lehrgang an 6 Wochenenden statt, jetzt innerhalb von einer Woche
- die Zweckverbandsversammlung
 - schwarze und weiße Flecken gibt es nicht mehr, jetzt dürfe alles ausgebaut werden.
- Namibia
 - morgen findet ein Vernetzungstreffen statt
 - Einladungsschreiben für September 2023 wird noch verschickt
 - Ziel: Delegation aus Namibia besucht uns
- die Eröffnung Norma am 26.06.2023
- den Tag der offenen Tür am 29.06.2023 in der Grundschule Grieben
- die Einweihung des Feuerwehrgerätehauses in Lüderitz
 - Termin: Ende September 2023
- die vielen verschobenen Instandhaltungsmaßnahmen, die wegen des nicht vorhandenen Haushaltes verschoben werden müssen.
- das Pilot-Projekt von KinderStärken e.V., in Kooperation mit der EGem
 - eingestellt im digitalen Rathaus

**TOP 6: Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 – 2028
1029/2023**

Vorlage: BV

Herr Jacob ruft den TOP auf und informiert, dass es dazu einen Änderungsantrag gibt. Dieser müsste allen SR'en vorliegen.

Herr Brohm erklärt die jetzige Situation. Im Hinblick auf die nicht auskömmliche Liquiditätssituation habe sich die Dramatik ein bisschen verändert. Man habe in den letzten Wochen dem SR eine Sache zur Beschlussvorlage vorgelegt und verschiedene Gespräche geführt. Die Wertigkeit dessen, was man heute festlegt, ist, ob man handlungsfähig bleibe, ob man uns helfen kann oder nicht. Formal sei die Situation, in der sich unsere EGem befindet, dass es dafür keinen normierten Rechtsvorgang gibt. D.h., eine Situation, in dem man Liquiditätskredite nur im Rahmen einer Haushaltssatzung (HH-Satzung) festlegen könne. Der Rahmen, der aktuell gilt, reiche nicht für die aktuelle Bewirtschaftung unserer EGem. Der sei unterdeckt. Das sehe man in den HH-Unterlagen. Im Moment habe man aktuell 5 Mio. € und lt. dem neuen HH sind es 8,6 Mio. €. Die aktuelle Situation ist, dass man Rechnungen nach hinten schiebe. Seit 2 Monaten habe man die Kreisumlage nicht mehr bezahlt, um den Kassenkredit von 5 Mio. € nicht zu überschreiten. Es haben verschiedene, Diskussionen, Absprachen und Krisengespräche stattgefunden und man habe mit dem SGSA (Städte- und Gemeindebund) gesprochen. Der SGSA hebt die Hände und sagt, da können wir nicht helfen. Der Ausgleichsfond vom Land, was das Finanzministerium zu entscheiden habe, wirkt auch nicht. Dazu müssten wir die Hälfte unseres HH-Volumens als Kassenkredit haben. Das würde bedeuten, dass wir einen Kassenkredit von über 9 Mio. € hätten. Es habe auch eine Absprache mit dem Landkreis und dem Landesverwaltungsamt gegeben. Von dort heiße es auch, es gibt keine Rechtsgrundlage, dass irgendwer irgendetwas tun könne, wenn man keinen HH beschließt. D.h.,

die Dimension, die man heute Abend habe, ist, man kann oder man würde uns helfen können, wenn wir einen HH beschließen. Bei all den Bemühungen, Ausgaben nach hinten zu verschieben, könne man irgendwann nicht mehr aufhalten und das irgendwann sei sehr nah. Man sei evtl. Anfang Juli nicht mehr zahlungsfähig. Mit viel Ermessen und Gutwillen der nächsten oberen Instanz (seitens des Landkreises) sei eine Tolerierung möglich. Dann würde man in der Zeit, in der der Landkreis prüft, handlungsfähig sein, könnte alle Dinge abarbeiten und man würde auch über die Hälfte der § 7-Mittel verfügen. Man sei sehr optimistisch, dass man mit einem HH-Beschluss die Tolerierung hinbekomme. Diese Situation habe es offensichtlich noch nicht im Land Sachsen-Anhalt gegeben. Den Rechtsanwalt habe man auch mit eingeschaltet aber auch hier, sei man am Ende. Man komme einfach nicht weiter. Bei den Gesprächen habe man auch festgestellt, dass es bei Genehmigungen der HH Ermessensspielräume gibt, die er erklärt. Nachdem man in der letzten Sitzung die beiden Beschlüsse von der TO abgesetzt hatte, habe man eine Fraktionsvorsitzendenrunde durchgeführt. In dieser gab es die Bitte, dass Herr Jacob als SR-Vorsitzender, Herr Brohm als Bürgermeister (BM) und Frau Altmann von der Verwaltung sich nochmal zusammensetzen. Daraus sei der vorliegende Änderungsantrag entstanden.

Frau Altmann hat Zahlen und Fakten mitgebracht, die sie per PowerPoint erklärt. Nachdem Frau Altmann per Folie die neue Struktur der Jugendarbeit vorgestellt hat, empört sich **Frau Braun**, weil Lüderitz überhaupt nicht mit draufsteht. **Frau Altmann** merkt an, Lüderitz ist Teil der mobilen Jugendarbeit.

Nach der Ausführung von **Frau Altmann** entsteht eine Diskussion zum HKK.

Herr Graubner gibt an, dass seine Fraktion mit den Kompromissen mitgehe aber 2 Zusätze habe. Der 1. Zusatz wäre, eine Möglichkeit für Lüderitz zum Thema Jugendarbeit zu finden und der 2. Zusatz wäre, dass Fw-Gerätehaus Bellingen zurückzustellen. Natürlich soll nach Genehmigung des HH die Verfügungsmittel zur Verfügung stehen. **Frau Braun** erklärt ihr Enttäuschung darüber, dass Herr Brohm und Frau Altmann nicht umgesetzt haben, was Herr Jacob zum Thema Jugendarbeit gesagt habe und zwar, 3 Standorte gleichwertig zu behandeln. Sie habe gefordert, freiwillige Aufgaben zu minimieren, z.B. die Personalkosten in Bittkau abzuschaffen. Außerdem habe sie gefordert, dass man die Abschaffung der gesetzwidrigen Finanzierung von Vereinsräumen und Immobilien in der Stadt Tangerhütte aus den Mieten der kommunalen Wohnungen der Dörfer mit aufnehmen soll, was sie jetzt gleich als Änderung beantragt. Wenn das nicht mit aufgenommen wird, werde sie die Anzeige machen, dass die kommunalen Mieten hier in Vereinsräumen in den freiwilligen Aufgaben versickern und nicht wieder als Refinanzierung in den Mietwohnungen in unseren Dörfern eingesetzt werden. **Frau Platte** ist zum Thema Mieteinnahmen derselben Meinung wie Frau Braun. Weiterhin spricht sie die neue Struktur der Jugendarbeit an. Sie fragt, heute beschließen wir nur den HH und die Investitionsliste 2023 und die Investitionsliste 2024 wird erst mit dem HH 2024 beschlossen? **Frau Altmann** bejaht beide Fragen. **Frau Platte** habe Herrn Brohm so verstanden, dass dieser die Verfügungsmittel der Ortschaften halbieren wolle. Dies verneint **Herr Brohm**. Per KVG LSA stehen die Verfügungsmittel erst mit der Genehmigung des HH zur Verfügung und er habe im Raum gestellt, die Hälfte dieser Mittel bereits zur Verfügung zu stellen, wenn man eine Tolerierung der Überziehung des aktuellen Kassenkreditvolumens habe. **Frau Platte** möchte das eben Gesagte ins Protokoll aufgenommen haben. Sie stellt den Antrag, dass der SR den 1. Entwurf des HH 2024 im September 2023 vorzuliegen hat. **Frau Altmann** erklärt, warum das nicht zu schaffen sei. Sie würde davon ausgehen, dies in der 2. Sitzungsfolge zu schaffen. Weiterhin unterhalten sich **Frau Altmann** und **Frau Platte** über den Stand der Jahresabschlüsse. Sie fragt Herrn Jacob zum HH 2024 und zu den Jahresabschlüssen, ob man das einfach so hinnehmen soll. **Herr Jacob** antwortet, man muss die Köpfe zusammenstecken, nach Lösungen suchen und Vorschläge machen. Das passiere noch vor der nächsten Sitzung. **Herr Maatz** fragt, wie ist das zu verstehen, dass man den Jugendclub in Tangerhütte aufgeben will? Das Gebäude aufgeben und weg oder nur schließen? **Frau Altmann** antwortet, man wolle das Gebäude nicht mehr betreiben, denn das ist ein Kostenfaktor. Aufgrund der Verträge, mit dem Landkreis, habe man bestimmte Rahmenbedingungen vorzuhalten, bestimmte Öffnungszeiten, bestimmte Personalstärken usw.. Aus diesem Vertrag möchte man bis zum Jahresende aussteigen bzw. keinen Antrag auf Förderung stellen. An dieser Stelle sagt Frau Wolf-Köppe, ihre Arbeit hängt nicht an diesem Haus. Sie könne ihre Arbeit überall ausführen. Alternativen sind zu suchen. Das wäre evtl. im Kulturhaus möglich, wenn die Gaststätte ertüchtigt ist. Man könne auch die mobile Jugendarbeit aufstocken. Im nächsten Sozialausschuss wird das auch ein Punkt auf der TO sein. **Herr Maatz** möchte wissen, was mit dem Skaterplatz wird, der von den Bürgern mit 30.000 € Spende errichtet wurde? **Frau Altmann** merkt an, momentan sei diese Anlage begehbar, ob der Jugendclub geöffnet hat oder nicht. Es ist noch nicht angedacht, die Skaterbahn

zu verkaufen. Wir wollen nur aus dem Vertrag mit dem Landkreis. **Frau Braun** erklärt Frau Altmann die mobile Jugendarbeit. Diese sei für Grundschüler bis maximal 12 Jahre angedacht. Sie spricht von Jugendlichen, die schon junge Erwachsene sind. Deshalb habe sie nie Personalkosten verlangt. Man habe es ehrenamtlich über den Heimatverein organisiert. Sie verlangt eine Gleichheit zwischen allen Dörfern und der Stadt, auch, dass der Beschluss von 2022 endlich umgesetzt wird. Zwischen **Frau Braun** und **Frau Altmann** entsteht ein Zwiegespräch zu diesem Thema. **Herr Nagler** fragt, egal wie das heute hier endet, wie soll es weitergehen? Es wird jedes Jahr schlimmer. Die Lage ist wie sie ist aber müsse nicht so bleiben. Finanzielle Ausstattung spielt eine Rolle aber man muss auch mal an den Strukturen gehen. Muss man so viele Gebäude halten? In solche Richtung wird einfach nicht gedacht und sich nicht getraut. Es sei die Aufgabe des BM zu sagen, die Struktur bei der Fw ist kostengünstig und für den Notfall günstig aufgestellt. Benötigt man noch alle Dorfgemeinschaftshäuser (DGH)? Werden noch alle genutzt oder könne man DGH im Einzelfall dem Verein übergeben? Sind 10 Kitas die korrekte Lösung oder gibt es Lösungen, die uns besser stellen? Selbst die 3 Grundschulstandorte? Herr Brohm ist seit 8 Jahren im Amt und habe diese Sachen nicht angegriffen. Man lebe immer noch in der Struktur wie vor der EGem-Bildung. Er erklärt, warum er diesen HH nicht zustimmen wird. Was hier an HKK-Maßnahmen diskutiert wird, gehe komplett zu Lasten von Familien, von Jugendlichen, von Schülern und von Kindern. Er nennt Beispiele wie Spiel- und Beschäftigungsbedarf, die Verfügungsmittel für die Ortsbürgermeister (OBM) und den Stellenplan, der überhaupt nicht beschlussfähig sei. Eine Lösung wäre, einen HH aufzustellen, mit dem man arbeiten kann aber man sei nur in der vorläufigen HH-Führung oder in der HH-Sperre. Herr Seweko von der Kommunalaufsichtsbehörde habe geschrieben, zur Vermeidung etwaiger zukünftiger finanzieller Engpässe verweise ich explizit auf den Grundsatz der Vorherigkeit. Das sei ein HH-Grundsatz, der besagt, dass der HH-Plan einer Gemeinde vor Beginn desjenigen HH-Jahres per HH-Satzung zu beschließen ist, für das dieser gelten soll. Heute werde man dem SR immer Hoffnung machen, dass man den HH 2024 im Jahr 2023 noch bekommen wird, weil man den HH 2023 beschlossen haben möchte. Herr Nagler stellt im Namen der WG Zukunft den Antrag, den Ansatz auf Spiel- und Beschäftigungsbedarf für den Kita-Bereich auf 15.000 € zu erhöhen und für den Hort anteilig prozentual anzupassen. Die WG Zukunft beantragt für die BV 1029/2023, HKK und für die BV 1027/2023, HH-Satzung und HH-Plan 2023, bei der Gesamtabstimmung eine namentliche Abstimmung. Hier gehe es nur noch darum, die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten. Es ist nichts mehr an Entwicklung für die Kommune zu sehen. Er teile die Auffassung von Frau Platte nicht, dass das hier noch heilbar ist. Handlungsunfähig sei man seit 2 Jahren. Dieser HH sei die nächste Eskalationsstufe. **Herr Brohm** sagt zu Herrn Nagler, von vornherein zu sagen, ich stimme nicht zu und allen anderen, die zustimmen, zu sagen, ich hätte da noch 15.000 € mehr, findet er nicht gut. Die Diskussion struktureller Art habe man in den letzten Jahren geführt. Zu den Grundschulen sagt er, habe man ganz vorsichtig und dann bestimmend die Frage gestellt, benötige man 3 Grundschulen?. Die Antwort lautete ja und Grieben wurde saniert. Man habe auch die Frage nach Kitas gestellt und man habe sogar die Kita in Bittkau geschlossen. Zu den DGH habe er zum Anfang seines Amtsantrittes als BM gesagt, DGH könnte in jedem 2. Dorf sein. Das zu sagen, war damals keine gute Idee. Wenn er sich jetzt das Leben in den Dörfern anschau, sei das DGH ein zentraler Ort. Das sei eine schöne theoretische Vorstellung aber habe mit der Realität wenig zu tun. Grundsätzlich sei er bei Herrn Nagler. Das sei ein Kompromiss, weil es immer wieder in der Kritik stehe, bei Kindern zu sparen, gerade in den Problem- und Betreuungsbereichen. Jugendarbeit ist Vertrauensarbeit und die lebt von den 3 Damen, die wir dort haben. Frau Braun möchte ganz was anderes. Sie möchte ein Treff für Teenager, die im Alter von 14 bis 17 Jahren neue spannende Erfahrungen machen wollen. Man sage immer, der BM sei dafür zuständig, einen auskömmlichen HH aufzustellen aber die Situation sei völlig anders. Für den Wildpark habe man Geld ausgegeben, an das man vor einem ½ Jahr gar nicht gedacht habe. Man habe Pflichtaufgaben, die man sich nicht aussuchen könne. Die Fw habe innerhalb von 12 Minuten irgendwo zu sein, z.B. beim Brand. Er zählt noch mehrere Sachen auf und sagt, es sei ein Unterschied, ob man 8 Fw und 100 m², ob man 1 Grundschule oder 3, ob man 1 Kita oder 10 habe usw.. In dem vorliegenden HH ist kein Stillstand. Man habe besonders wichtige Punkte drin stehen wie z.B. Gehwege in Tangerhütte und in den Ortschaften, kleinen Saal herzurichten und das Dach zu reparieren usw.. In den Kitas habe man auch Geld investiert. **Herr Jacob** übergibt den Vorsitz an Frau Braun und bittet um das Wort. **Herr Jacob** äußert, wir haben in den Gesprächen nach möglichen Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Nenner gesucht, der oftmals der kleinste gemeinsame Nenner war. Er war froh, dass man in der Form etwas feststellen und fixieren konnte. Wenn er sich anschau wie der BM erklärt wie prekär die Lage ist, sei er doch etwas verwundert, dass man das auf Spiel setze, was man sich erarbei-

tet habe. In der Jugendarbeit habe man sich verständigt, dass es notwendig ist, Jugendliche in allen Ortschaften der EGem zu unterstützen, ohne ein Gebäudestandort. D.h., man benötige neue Strukturen, die miteinander besprochen und erarbeitet werden müssen. Er bittet, dass das passiert. Ansonsten sei es nicht möglich, so einen Kompromiss zu akzeptieren. Beim Thema Fw erinnert er daran, dass der SR als Grundlage der Arbeit mit der Fw eine Fw-Bedarfsanalyse gefordert habe. Alles andere sei eine Geschichte, wo man sich etwas erzählt aber nicht nachprüfbar ist. Das Angebot vom BM mit den Verfügungsmitteln halte er für eine gute Sache, was er erklärt. Wichtig ist, wenn man etwas im Vertrauen beschließt, muss man sich darauf verlassen können. Die Frage von Frau Braun mit der Miete und den Vereinsräumen in Tangerhütte muss geklärt werden, weil dies mit den Strukturen zu tun habe, die man überall gleich anwenden und haben wolle. Man kann nur einen HH beschließen, wenn man Vertrauen daraufsetzen könne, dass die Gelder, die eingesetzt werden, vernünftig und zielgerichtet bei allen gleichmäßig eingesetzt werden. **Frau Braun** fordert Herrn Brohm zur Geschichte Schelldorf eine Antwort zu geben, da dies Bestandteil des HH sei. Es könne nicht sein, dass dort über die Hintertür über Förder- oder Verfügungsmittel die Abrisse finanziert werden, weil der SR dies abgelehnt hatte. **Herr Brohm** antwortet, das war die Liste der § 7-Mittel, wie diese in den letzten Jahren verwendet wurde. Dies aufzuklären, sei man dem SR noch schuldig geblieben. Es steht im HH, wieviel jede Ortschaft habe. Es lag die Vermutung nahe, dass man dort die Spenden, die eingegangen sind, darauf gebucht habe. Man werde dies nacharbeiten. Schlussendlich geht es darum, dass man festgeschrieben habe, wieviel jede Ortschaft hat. **Frau Braun** stellt den Antrag, dass das mit den § 7-Mitteln in Schelldorf dringlichst aufgeklärt und korrigiert wird.

Herr Jacob liest aus dem gemeinsamen Änderungsantrag die *Änderungen zur BV 1027/2023* vor.

1. Es wird kein Doppelhaushalt aufgestellt, die Haushaltssatzung gilt nur für das Haushaltsjahr 2023

2. Halbierung der Fraktionsgelder sowie der Verfügungsmittel des Bürgermeisters (11111)

Herr Jacob merkt an, zum Punkt 2 gab es keinen Widerspruch

3. Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder. (36510)

Herr Jacob erinnert, hierzu gab es den Änderungsantrag zum Änderungsantrag, auf 15.000 € zu erhöhen

Herr Jacob informiert, dass dieser ein weitgehender Änderungsantrag ist. Darum müssen wir diesen mit aufnehmen.

3. Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder. (36510)

4. Schaffung neuer Strukturen im Bereich der Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. (36611)

Herr Jacob äußert, dazu gab es auch einen Änderungsantrag. Er fordert Frau Braun auf, den Änderungsantrag zum Änderungsantrag nochmal vorzulesen.

Frau Braun betont, dass das kein Jugendclub ist, sondern ein Schülerclub, denn so habe man diesen 2010 von Tangerhütte übernommen. Dafür gibt es auch diese Fördermittel vom Jugendamt. Der Ergänzungs- und Änderungsantrag lautet, die Abschaffung der Personalkosten des Schülerclub Tangerhütte und des Jugendclub Bittkau. Die Umsetzung des Beschlusses aus 2022, Jugendclubs in Lüderitz und in Grieben zu schaffen.

Als 5. Punkt hat **Frau Braun** noch folgenden Änderungsantrag:

5. Die Abschaffung der gesetzwidrigen Finanzierung von Vereinsräumen und Immobilien der Stadt Tangerhütte, aus den Mieten der kommunalen Wohnungen der Dörfer durch den Verwalter Herrn Wetzig. Das betrifft nicht die SWG, sondern nur die kommunalen Wohnungen der Dörfer.

Herr Jacob schlägt vor, die einzelnen Punkte durchzugehen und zu schauen, ob man für die einzelnen Punkte eine Mehrheit bekommt.

Herr D. Wegener hat zum letzten Antrag (Punkt 5) eine Nachfrage. Bedeutet der Antrag, dass die Vereine keine finanzielle Unterstützung mehr kriegen und zusehen müssen? Oder bedeutet dies, das Geld kommt nicht mehr aus der SWG, sondern muss aus dem HH finanziert werden und man habe dann im HH das Loch? Eins von beiden geht nur und das muss vor der Abstimmung geklärt werden.

Frau Braun erklärt, das habe mit der SWG nichts zu tun. Das ist der Wohnungsverwaltungsvertrag der kommunalen Wohnungen der Dörfer.

Herr Jacob unterbricht Frau Braun und sagt, man dürfe hier nicht durcheinander kommen. Hier habe man die BV 1029/2023, mit den 3 Änderungsanträgen.

1. **Herr Jacob** informiert, die anderen Änderungen sind für Halbierung der Fraktionsgelder sowie der Verfügungsmittel des Bürgermeisters. (11111). Die Konsolidierungsmaßnahme 3b ist dementsprechend anzupassen.
2. Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder. (36510)
3. Absenkung der Aufgaben sowie der damit verbundenen Kosten im Bereich Jugendclubs der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. (36611).

Herr Jacob schlägt vor, über die 3 Änderungen mit den entsprechenden Änderungsanträgen abzustimmen.

Herr Radke verlässt 20:58 Uhr die Sitzung.

Herr Nagler weist darauf hin, der Änderungsantrag zum Änderungsantrag lautet, 15.000 € für die Kitas und anteilig (prozentual) für den Hort.

Herr Jacob bittet um *Abstimmung der Änderungen* in der BV 1029/2023.

1. *Halbierung der Fraktionsgelder sowie der Verfügungsmittel des Bürgermeisters. (11111). Die Konsolidierungsmaßnahme 3b ist dementsprechend anzupassen.*

Abstimmung Änderung: 15x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

2. *Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder. (36510)* mit der Änderung von der WG Zukunft:

In dem entsprechenden Produkt für die Kitas möge der Ansatz für Spiel- und Beschäftigungsbedarf von 5.500 € auf 15.000 € erhöht werden und dementsprechend soll vergleichbar prozentual das gleiche Produkt (Spiel- und Beschäftigungsbedarf) beim Hort erhöht werden

Abstimmung Änderung: 13x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung => zugestimmt

3. *Absenkung der Aufgaben sowie der damit verbundenen Kosten im Bereich Jugendclubs der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. (36611).*

mit der Änderung von Frau Braun:

Abschaffung der Personalkosten im Schülerclub Tangerhütte und im Jugendclub Bittkau, offene Jugendarbeit. Umsetzung des Beschlusses aus 2022, Jugendclubs in Lüderitz und in Grieben zu schaffen.

Abstimmung Änderung: 5x Ja, 3x Nein, 9x Enthaltung => zugestimmt

Herr Brohm hat eine Nachfrage zur letzten Änderung (Punkt 3). Haben wir jetzt beschlossen, dass man Grieben und Lüderitz herstellt und Tangerhütte sowie Bittkau abschafft?

Frau Braun ruft rein, die Personalkosten.

Anschließend gibt es zwischen **Frau Braun** und **Frau Platte** einen Wortwechsel, ohne Mikrofon und

Herr Jacob weist darauf hin, dass man, bevor man die Hand hebt, überlegen sollte, was dann passiert.

Frau Braun möchte noch einen Änderungsantrag stellen aber erklärt vorher Herrn D. Wegener ihren Antrag.

Frau Platte findet, der Grundsatz sei richtig aber das kann nicht Maßnahme des HKK sein. Das ist ein Antrag für HH 2024.

Herr Jacob sieht es genauso. Das sei ein Antrag für den nächsten SR. Trotzdem lässt er über diesen Antrag abstimmen.

Änderungsantrag von **Frau Braun**:

4. *Die Abschaffung der gesetzwidrigen Finanzierung von Vereinsräumen und Immobilien der Stadt Tangerhütte, aus den Mieten der kommunalen Wohnungen der Dörfer durch den Verwalter Herrn Wetzig. Das betrifft nicht die SWG, sondern nur die kommunalen Wohnungen der Dörfer.*

Abstimmung Änderung: mehrheitlich abgelehnt

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung der BV 1029/2023, mit den beschlossenen Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf Grundlage des § 100 Abs. 3 und 5 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung, das Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2023 – 2028 gemäß beiliegender Fassung.

Herr Werner Jacob	Ja	Herr Wilko Maatz	Ja
Herr Andreas Brohm	Ja	Herr Michael Nagler	Nein
Herr Michael Bartoschewski	Ja	Herr Mathias Sprunk	Ja
Frau Edith Braun	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Ralf Breuer	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Herr Dr. Frank Dreihaupt	Ja	Frau Rita Platte	Ja

Frau Petra Fischer	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Herr Marcus Graubner	Ja	Herr Daniel Wegener	Nein
Herr Peter Jagolski	Enthaltung		

Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 2x Nein, 1x Enthaltung => mit Änderungen beschlossen

TOP 7: Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2023/2024

Vorlage: BV 1027/2023

Herr Brohm schlägt vor, mit der Änderungsliste fortzufahren, denn die Diskussion dazu habe man schon im TOP 6 geführt.

Herr Jacob liest die Änderungsanträge aus der Liste vor.

1. Es wird kein Doppelhaushalt aufgestellt, die Haushaltssatzung gilt nur für das Haushaltsjahr 2023.
2. Halbierung der Fraktionsgelder sowie der Verfügungsmittel des Bürgermeisters (11111)
3. Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder (36510)
4. Schaffung neuer Strukturen im Bereich der Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte (36611)

Herr Bartoschewski hat noch einen Antrag. Man habe ursprünglich im HH einen Radweg zwischen Uchtdorf und Burgstall eingeplant, der aufgrund der finanziellen Lage gestrichen wurde. Mittlerweile gebe es durch den Spielplatz, den man dort gebaut habe, Auflagen vom Landkreis und zwar, den Fußweg, der oben im Ort endet, weiterzuführen. Er habe schon mit dem BM in Burgstall Gespräche geführt und nachgefragt, wie weit der Stand der Planung ist. Die Planung sei ausgeschrieben und vergeben. Man habe auch in der Verwaltung mit Herrn Brohm, Frau Wittke und Frau Zimmermann ein Gespräch geführt. Er bittet, dies für 0 € mit in den Plan des HH 2023 aufzunehmen. Seine Firma würde sich großzügig an diesen Bau beteiligen und man sei der Auffassung, dass man den Rest über Support usw. zusammen bekommen, damit die Stadt Tangerhütte keine finanziellen Einbußen habe. Sollte wider Erwarten dies in 2023 nicht umgesetzt werden, so dass man dies mit in den HH 2024 nehmen muss, wäre man, wenn sich in der Zwischenzeit die finanzielle Lage der Stadt Tangerhütte ändert, über eine Beteiligung der Stadt Tangerhütte nicht traurig.

Herr Brohm erklärt, warum man dies mit in den HH nehmen muss. Der Hintergrund seien die Fördermittel. Darum muss die Maßnahme mit im HH verankert sein, mit Eigenmittel von 0 €. So könne man entsprechende Verträge mit der Nachbargemeinde machen und dass die Eigenmittel der EGem über Dritte kommen.

Herr Bartoschewski führt noch aus, dass seine Firma keine ausführenden Tätigkeiten übernehmen werde. Der Ball liege bei der Gemeinde Burgstall bzw. bei der Verbandsgemeinde. Seine Firma werde nur den Betrag für die ca. 900 m zusteuern.

Herr Jacob fasst zusammen, der Antrag lautet, den Fuß-, Radweg durch Eigenmittel ohne Mittel unserer EGem mit aufzunehmen. Dies wird der 5. Punkt.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der folgenden Änderungsanträge.

1. *Es wird kein Doppelhaushalt aufgestellt, die Haushaltssatzung gilt nur für das Haushaltsjahr 2023*
Abstimmung Änderung: 16x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt
2. *Halbierung der Fraktionsgelder sowie der Verfügungsmittel des Bürgermeisters (11111)*
Abstimmung Änderung: 15x Ja, 1x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt
3. *Erhöhung des Spiel- und Beschäftigungsmaterials für Tageseinrichtungen für Kinder (36510)*
mit der Änderung von der WG Zukunft:
In dem entsprechenden Produkt für die Kitas möge der Ansatz für Spiel- und Beschäftigungsbedarf von 5.500 € auf 15.000 € erhöht werden und dementsprechend soll vergleichbar prozentual das gleiche Produkt (Spiel- und Beschäftigungsbedarf) beim Hort erhöht werden
Abstimmung Änderung: 13x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung => zugestimmt
4. *Schaffung neuer Strukturen im Bereich der Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte (36611)*
mit der Änderung von Frau Braun:
Abschaffung der Personalkosten im Schülerclub Tangerhütte und im Jugendclub Bittkau, offene Jugendarbeit. Umsetzung des Beschlusses aus 2022, Jugendclubs in Lüderitz und in Grieben zu schaffen.
Abstimmung Änderung: 4x Ja, 8x Nein, 5x Enthaltung => abgelehnt

5. *Aufnahme zur Schaffung eines Fuß- und Radweges für Uchtdorf in die Investitionsliste ohne Eigenmittel der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte*

Abstimmung Änderung: 17x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt

Herr Jacob informiert, weil der 4. Änderungsantrag mit der Änderung von Frau Braun abgelehnt wurde, muss nochmal über die Kompromissänderung ohne den Änderungsantrag von Frau Braun abgestimmt werden.

Frau Braun versteht die Doppelabstimmung des 4. Punktes nicht.

Herr Jacob erklärt noch einmal, warum man über den 4. Änderungsantrag ohne die Änderung von Frau Braun abstimmen soll. Der 4. Änderungsantrag bedeutet, man habe die Räumlichkeiten des Jugendclubs Tangerhütte abgeschaltet und man wolle überall neue gleichlautende Strukturen schaffen.

Herr Nagler gibt den Hinweis, dass hier das gleiche Argument anzuwenden ist, wie Herr Jacob vorhin beim Antrag von Frau Braun angewendet habe, als es um die Vereinsräume ging. Hier ist auch kein Konzept klar. Dies sei für ihm ein Antrag, wo man erstmal weiß, wohin man will (Ich schreibe jetzt was rein, wo keiner weiß, was nachher ist.). Das ist für ihm ein Problem.

Herr Jacob habe vorhin gesagt, wenn man dem zustimmen soll und kann, wäre es schön gewesen, wenn man dort mit den Beteiligten vernünftige Strukturen aufgezeichnet hätte. Frau Altmann habe gesagt, das war zeitmäßig nicht notwendig. Deshalb habe er (Herr Jacob) gesagt, in der Situation, in der wir uns befinden, wäre es dringend notwendig gewesen. Jeder könne abstimmen wie er möchte, aber diesen Antrag hat er zur Abstimmung zu bringen.

Herr Jacob bittet nochmal um Abstimmung des 4. Änderungsantrages.

4. *Schaffung neuer Strukturen im Bereich der Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte (36611)*

Abstimmung Änderung: 8x Ja, 4x Nein, 4x Enthaltung => zugestimmt

Nach einer kurzen Diskussion darüber, was man evtl. noch als Änderung einbringen kann, bittet Herr Jacob um namentliche Abstimmung über die BV 1027/2023, mit den beschlossenen Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2023 und 2024 gemäß beiliegender Fassung.

Herr Werner Jacob	Ja	Herr Wilko Maatz	Ja
Herr Andreas Brohm	Ja	Herr Michael Nagler	Nein
Herr Michael Bartoschewski	Ja	Herr Mathias Sprunk	Nein
Frau Edith Braun	Nein	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Ralf Breuer	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Herr Dr. Frank Dreihaupt	Ja	Frau Rita Platte	Ja
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Herr Marcus Graubner	Ja	Herr Daniel Wegener	Nein
Herr Peter Jagolski	Enthaltung		

Abstimmungsergebnis: 12x Ja, 4x Nein, 1x Enthaltung => mit Änderungen beschlossen

Herr Graubner verlässt 21:32 Uhr die Sitzung.

TOP 8: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Platte spricht von den strukturellen Veränderungen in dieser EGem, die von der Verwaltung kommen müsse. Im Innenministerium werde dies von manchen Leuten begründet. Dies findet sie furchtbar. Sie findet, dass dies an der ländlichen Realität vorbei gehe. Das nichts passieren könne, wegen der finanziellen Ausstattung, sei allen bekannt. Sie sei der Meinung, dass man nicht einfach sage, dass man die Strukturen so ändere, dass man die Finanzen auskömmlich habe. Dann fallen sehr viele Ortschaften den Bach lang runter, außer Tangerhütte. Sie glaube nicht, dass dies im Sinne von Tangerhütte und den Bürgern ist. Deshalb hätten trotzdem Vorschläge aus der Verwaltung kommen müssen. Sie findet, dass Verwaltungsgemeinschaften besser waren.

Frau Platte spricht zur Feuerwehrbedarfsanalyse. Hier sollte man Bedenken, dass nicht die Verwaltung die Vorgaben macht, wie die Feuerwehr aufgestellt sein müsse. Dazu müsste es eine unabhängige Untersuchung geben, unter die Bedingungen des ländlichen Raumes. Ansonsten findet sie, könne dies nicht objektiv und nicht zielführend sein.

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Frau Platte informiert, dass in Grieben seit 7 Wochen der Sparkassenwagen nicht mehr komme. Herr Puhlmann ist im Aufsichtsrat der Sparkasse der Vorsitzende. Darum habe sie Herrn Puhlmann in einem Schreiben gebeten, dass der Sparkassenwagen wieder nach Grieben kommt, schon wegen den älteren Bürgern. Der Wagen soll wohl kaputt gegangen sein und könne nicht so schnell repariert werden. Vorläufig würde der Sparkassenwagen nicht mehr kommen. Dabei komme in den Nachbarorten 2x wöchentlich ein Sparkassenwagen. Sie kritisiert, dass sie von Herrn Puhlmann keine Antwort erhalten habe, lediglich eine Lesebestätigung. Im Nachhinein habe sie von der Sparkasse einen Brief bekommen, den sie schon hatte. Vielleicht findet Herr Puhlmann es besser, wenn er mit Herrn Brohm spricht als mit ihr, der doofen OBM. Grieben wird jetzt mit Unterschriften, die Einwohnermeldeamtsprüfung fähig sind, eine Bürgerinitiative bilden, denn Grieben vermutet, dass man den Wagen dann ganz wegfällen lasse. Sie bittet den BM, sich darum zu kümmern.

Herr Jagolski fragt, war bei den Bewerbern zum Wildpark auch Karls Erdbeerhof dabei?

Herr Brohm antwortet mit Nein. Herr Jacob habe ihm zum Karls Erdbeerhof einen Kontakt beschafft und nach einer Mail und einem Telefonat habe Karls Erdbeerhof mitgeteilt, dass unsere E-Gem zu nah an Berlin sei und dass dieser Park, der ohne Eintritt wäre, die Durchläufe nicht generiere, weil der Park und die Parkfläche zu klein sind.

Diese Antwort möchte **Herr Jagolski** zu Protokoll haben.

Laut **Herrn Jagolski** sollte Herr Meier vom Zweckverband Altmark (ZBA) nochmal eingeladen werden, weil dieser zur letzten Sitzung abgesagt habe. Ist das passiert?

Herr Brohm informiert, dass man nochmal eingeladen habe und erst eine Zusage bekommen habe aber dann habe er aus persönlichen Gründen wieder abgesagt. Deshalb steht der ZBA in der Sitzung am 21.06.2023 nicht auf der TO. In dem Antwortschreiben von Herrn Meier steht aber, er würde für einen anderen Termin zur Verfügung stehen.

Herr Jagolski bittet, dass die Verwaltung prüft, inwieweit es möglich wäre, auf dem Wildpark Weißewarte Solarflächen zur Verfügung zu stellen. Wieviel ha, wieviel m²?

Als **Frau Braun** mit Herrn Meier, Geschäftsführer ZBA, im Beisein von Herrn Brohm telefonierte, habe sie den Eindruck gehabt, dass das Herr Brohm nicht so wichtig und bedeutungsvoll war. Sie fragt Herrn Brohm, was wird mit den Beschwerden des Mühlenwegs in Lüderitz, wo der ZBA trotz Verträge nicht ausgebaut habe? Jetzt erzählen sie, dass es wieder weitergeht. Was haben sie den Bürgern gesagt? Sie selbst habe auch keine Information über das Prozedere erhalten.

Herr Brohm erklärt, dass es schwarze und weiße Flecken gab. Er könne ihr die Übersicht von 2018 geben, wo klar kommuniziert sei, dass der Mühlenweg ein schwarzer Fleck ist und nicht ausbaufähig ist. Die schwarzen Flecken wurden auch befragt, weil man wissen wollte, ob die Bürger das auch wollen und, ob das auszubauen eigenwirtschaftlichen Sinn mache. Das gleiche Prozedere habe man sehr erfolgreich in Grieben durchgeführt und man habe entschieden, dort auszubauen. Es sei fernab der Realität, zu behaupten, der Mühlenweg in Lüderitz sollte von Anfang an ausgebaut werden, denn der Mühlenweg ist ein schwarzer Fleck, der nicht im geförderten Ausbau war.

Ein Bürger der Ortschaft Tangerhütte habe **Herrn D. Wegener** angesprochen. Dieser habe ein Ordnungsgeld in Höhe von 20 € bekommen, was durchaus korrekt ist, denn auf dem Foto vom 01.06.2023 sieht man, dass die Gosse nicht gereinigt wurde. Allerdings stehe im Tatvorwurf folgendes. „Die Einlaufschächte (Gullys) und die Wasserrinnen/Gossen sind bei eintretendem Tauwetter von Schnee und vom Eis freizuhalten, damit das Schmelzwasser abfließen kann. Bei Tauwetter sind die Geh- und Radwege von dem vorhandenen Eis zu befreien. Gegen diese Verordnung haben Sie versößen, hier fehle sogar noch ein t.“ Herr D. Wegener hätte dies nicht bezahlt. Er wäre dagegen vorgegangen. Es ist äußerst peinlich, wenn man so etwas als SR unter die Nase gehalten bekomme.

Herr Nagler spricht die Begehung des Bauausschusses in der Kita „Friedrich-Fröbel“ an. Kann der Fertigstellungstermin mit vorheriger Endreinigung eingehalten werden?

Herrn Brohm sei nicht bekannt, dass dieser Termin nicht eingehalten werden kann.

Herr Nagler möchte seine Frage und die Antwort zu Protokoll geschrieben haben und stellt seine nächste Frage. Der Vertrag mit Yuvel läuft mit dem Projekt, was in absehbarer Zeit nicht stattfindet, am 30.06.2023 aus. Wie soll das jetzt weitergehen? Er sei der Meinung, dass man hier einen neuen Beschluss fassen müsste.

Herr Brohm antwortet, der SR habe mehrheitlich beschlossen, das Grundstück zu verkaufen. Dann habe Yuvel darauf bestanden, eine Bedingung mit reinzunehmen und zwar nimmt Yuvel das Grundstück erst, wenn Yuvel weiß, dass der Bauantrag durchgeht usw.. Das würde jetzt auslaufen und Yuvel möchte dies erneuern. Aber wir haben einen Beschluss und die Notarin sagt, „ihr seid

beide verpflichtet, den umzusetzen“. Der Ball liegt bei Yuvel. Yuvel möchte sich das nochmal 2 Jahre sichern. Insofern hänge man weiter in der Abwicklung des Kaufvertrages.

Herr Nagler fragt, was für Bedingung muss Yuvel erfüllen, damit das für dieses Projekt weiter in der Schwebe bleibt? Oder kann Yuvel einfach sagen, wir wollen das weiter so haben?

Herr Brohm merkt an, die Frage von Herrn Nagler ist, warum kann uns Yuvel so lange hinhalten? Das werden wir klären.

Herr Nagler äußert, dass am letzten Montag niemand von seiner Fraktion zur Sitzung kommen konnte. Dort stand eine Sache auf der TO, die er nicht nachvollziehen könne und zwar die wasserrechtliche Geschichte. Wenn er sieht, dass der Landkreis im Jahr 2018 von unserer EGem etwas verlangt und eine Fristsetzung bis im Jahr 2021 macht und die letzte Fristsetzung ist Oktober 2023, habe er ein Problem mit der Arbeitstätigkeit. Diese Zeiträume sind nicht mehr normal. Hier ist der Hintergrund wieder das Geld, denn er gehe davon aus, dass heute ein Gutachten teurer ist als im Jahr 2018 oder 2019. Das seien keine großen Beträge, ziehe sich aber so durch. Er versteht nicht, wenn man solche Sachen habe, warum man das nicht abarbeitet. So fällt es einem auf die Füße, weil man es vergessen habe. Dann kommt die letzte Fristsetzung und es wird hektisch. Was läuft hier falsch?

Herr Brohm führt an, das könne man in der Kürze und in der Öffentlichkeit nicht erklären. Er wird im nichtöffentlichen Teil darauf eingehen.

Herr Jagolski fragt, kann der SR den Vertrag von Yuvel nochmal bekommen, auch der Ortschaftsrat Tangerhütte? Herr Borstell, OBM Tangerhütte, konnte sich letztens gar nicht darüber äußern.

Herr Brohm meint, der Vertrag war schon in einer Freitaginfo aber man werde nochmal schauen.

Frau Braun findet, was Herr Brohm nicht will, schiebe er weg und was in seinem Interesse ist, werde sofort beschleunigt. Sie erinnert nur an das Problem mit der Firewall. Dies musste sofort beschlossen werden, obwohl das der Wartungs- und Pflegevertrag vorgesehen hatte. Der Beschluss (BV 1048/2023) mit der Beantragung von einer wasserrechtlichen Genehmigung wird nicht auf Termin gesetzt und verschlampt. Sie möchte wissen, wo hat das gelegen und woran hat das gelegen, dass unsere EGem mal wieder eine letzte Frist bekommt und die Preise natürlich heute teurer sind als gestern?

Herr Jacob beendet 21:51 Uhr den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 12: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit um 22:13 Uhr wieder her.

TOP 13: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst.

TOP 14: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt die Sitzung um 22:14 Uhr.

Fertiggestellt am: 21.07.2023